

pax_zeit

4_2021



pax christi hat
gewählt



**pax
christi**

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Josef Roberg analysiert, welchen CO2-Fußabdruck die Bundeswehr hinterlässt und welche Aufgaben sich daraus für die Friedensbewegung ergeben. Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 18 und 19.



Foto: Bundeswehr-Fotos, Bundeswehr/Popple

Kritik am Großen Zapfenstreich

Mit vielen anderen kritisiert pax christi den Großen Zapfenstreich. Initiiert von pax christi Bonn wurde ein Appell verbreitet, der zum Verzicht auf dieses Ritual auffordert. Da heißt es: „Unsere Kritik bezieht sich in besonderem Maße auf den inhaltlichen Kern des Großen Zapfenstreiches: das Gebet ‚Ich bete an die Macht der Liebe, die sich in Jesus offenbart‘.“ Dieses Ritual ist Ausdruck einer Resakralisierung des Militärischen, wie sie im Ersten Weltkrieg zu beobachten war. Das Gedenken an die in Afghanistan Gefallenen ist wichtig, braucht dieses unzeitgemäße Ritual aber nicht.

„Ich unterstütze die pax christi-Kritik am Großen Zapfenstreich. Wir brauchen eine ernsthafte Diskussion über solche Rituale, ihre Wirkung und Bedeutung. Den Soldatinnen und Soldaten gilt Dank für ihren Einsatz, doch ist es wichtig, dafür heute angemessene Formen zu finden“, so pax christi-Präsident Bischof Peter Kohlgraf.

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Eva Begemann & Fabian Wilczek Gesamtherstellung Eva Begemann & Fabian Wilczek, quferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser*innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser*innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de
Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 01_2022: 15.01.2022

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

schon ist es wieder in den Hintergrund der öffentlichen Diskussion geraten: Afghanistan. Doch die Menschen dort leiden wie im Sommer unter der neuen Herrschaft der Taliban. Die soziale, wirtschaftliche und medizinische Lage dort ist seit Jahrzehnten prekär. Die Menschen in Afghanistan brauchen unsere Aufmerksamkeit und langfristige Solidarität. Die deutsche Außenpolitik muss aus dem gescheiterten Einsatz der Bundeswehr lernen. Was da zu lernen wäre skizziert Albert Fuchs in diesem Heft.

Neu geschrieben und auf der Delegiertenversammlung beschlossen, wurde ein Text, der die pax christi-Bewegung schon lange begleitet. Das Konzept der Freiwilligen Friedensdienste im Ausland. Wir dokumentieren auf den Seiten 8/9 Auszüge aus „Impulse 1“, die beschreiben wie alle Gruppen und Diözesanverbände sich daran beteiligen können, was in Aachen organisiert wird: an der Entsendung junger Menschen in ein Jahr für den Frieden. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit den Friedens- und Versöhnungsprojekten in anderen Ländern, die die jungen Menschen aus Deutschland an ihrer Arbeit teilhaben lassen.

Dies ist eine pax_zeit nach einer Delegiertenversammlung. Erstmals seit zwei Jahren reisten die Delegierten wieder nach Fulda und wir konnten nicht nur beraten, wählen und Pläne für die Zukunft schmieden, sondern auch bei Kaffee, Wein oder Bier beisammenstehen und einfach plaudern. Plaudern ist etwas, das in den vielen wichtigen Online-Meetings nur selten vorkam, was aber das Leben versüßt. Bevor ich aber hier ins Plaudern komme, lade ich Sie ein, auf den folgenden Seiten nachzulesen, was beschlossen und wer gewählt wurde.

Auch erfahren Sie in dieser pax_zeit mehr aus der kleinen aber hochaktiven pax christi-Sektion Italien. Sie lesen über den ökologischen Fußabdruck des Militärs und von der Arbeit der pax christi-Arbeitsgruppe „Mittel- und Osteuropa“. Den geistlichen Impuls zum Jahresabschluss richtet auf Seite 23 der pax christi-Präsident Peter Kohlgraf an die Bewegung.

Ein paar inspirierende Momente bei der Lektüre und einen gesegneten Advent wünscht
Ihre

Christine Hoffmann

Inhalt

Aktuelles

4 Neue Kampagne und Kongress geplant

Zusammengestellt von Christine Hoffmann

6 pax christi hat gewählt

Zusammengestellt von Christine Hoffmann

8 Ein Jahr für den Frieden

Kommission Friedenspolitik

Kampagne

10 Kampagne „Menschenrecht statt Moria“

Stefanie Wahl und Daniel Hügel

International

12 Prendere cura – Sich liebevoll kümmern und heilen

Don Renato Sacco

Friedenspolitik

14 Lehre(n) aus dem Afghanistan-Desaster

Albert Fuchs

Klima

18 Der CO₂-Fußabdruck der Bundeswehr

Josef Roberg

gewaltfrei wirkt.

20 Mehr als Gewalt und Hilflosigkeit

Inga Ferber

Kommission im Profil

22 Das Denken in den Kategorien „Ost“ und „West“ überwinden.

AG Mittel- und Osteuropa

Glaube Perspektive

23 Liebt einander

Bischof Peter Kohlgraf

Neue Fotos von den pax christi-Aktiven wurden auf der Delegiertenversammlung gemacht. Dazu hatten wir, die Layouter*innen der pax_zeit, Eva Begemann und Fabian Wilczek eingeladen, im Bonifatiushaus in Fulda für uns ihr Fotostudio aufzubauen. Welche Kreativität da freigesetzt wurde können sie auf der Titelseite bewundern. Sie zeigt Michael und Markus Rösch aus Augsburg.



Neue Kampagne und Kongress geplant

Zukunftsweisende Beschlüsse der Delegiertenversammlung

Zusammengestellt von Christine Hoffmann

Kampagne „gewaltfrei wirkt.“ startet am 2.10.2022

Der Bundesvorstand wurde beauftragt, eine Kampagne „gewaltfrei wirkt.“ vorzubereiten, die im Jahr 2022 startet und an der sich alle Gruppen und Diözesan- sowie Regionalverbände beteiligen können. Ursula Paulus (Köln) und Stefan Voges (Aachen) werden mit Klaus Hagedorn, dem frisch gewählten Geistlichen Beirat der Sektion, und der Projektreferentin Inga Ferber diese Kampagne konzipieren und vorbereiten. Die Kampagne setzt hier in Deutschland die Catholic-Non-Violence-Initiative von Pax Christi International um.

Die Kampagne wird folgende Aspekte aufgreifen:

- die katholische Soziallehre über gewaltfreies Handeln weiterentwickeln;
- Impulse setzen, um die Gewaltfreiheit des Evangeliums ins Leben, einschließlich des sakramentalen Lebens, und Wirken der Kirche einzubinden – z. B. in den Diözesen, Pfarreien, Kommissionen, Schulen, Universitäten, Ausbildungsstätten für kirchliche Berufe, Ordensgemeinschaften, gemeinnützigen Organisationen;
- gewaltfreie Methoden und Strategien bekannt machen (z. B. gewaltfreier Widerstand, wieder gutmachende Justiz, Traumaheilung, Schutz unbewaffneter Zivilist*innen, Konflikttransformation und Strategien für die aktive Friedensförderung);
- Teil des weltweiten Dialogs über Gewaltfreiheit sein – innerhalb der Kirche, mit Andersgläubigen und mit der Welt insgesamt –, um auf die gewaltigen Krisen unserer Zeit durch die Vision und die Strategien von gewaltfreiem Handeln und gerechtem Frieden eine Antwort zu geben;
- für eine Abschaffung des Kriegs und der Atomwaffen eintreten.



Kongress anlässlich des 75-jährigen Bestehens 2023

Der Bundesvorstand wurde beauftragt, für das 75-jährige Bestehen der pax christi-Bewegung in Deutschland einen Aufbruchs-Kongress in Leipzig vom 19. bis 21. Mai 2023 vorzubereiten.

Die Diözesanverbände sind eingeladen, eine zwei- bis fünftägige Wanderung/Route vorzubereiten, die am Freitag, dem 19. Mai 2023 in Leipzig ankommt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, dafür in Kooperation mit den Diözesan- und Regionalverbänden thematische Impulse zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen.

Der Kongress lädt ein zur Diskussion der aktuellen pax christi-Themen. Mit internationalen Gästen werden die Schritte präsentiert, die die pax christi-Bewegung in sieben Jahrzehnten gegangen ist.

Die pax_zeit wird regelmäßig über den Stand der Planungen berichten.



Kommission Migration

Die Kommission wurde neu eingerichtet und erhielt folgenden Auftrag:

- Weiterführung der politischen Arbeit im Sinne der Kampagnen „Kein Weihnachten in Moria“ und „Menschenrecht statt Moria“ und des DV-Beschlusses „Für eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik Deutschlands und der EU statt Migrationsabwehr“;
- Lobbyarbeit für eine Allianz für eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik im neu gewählten Bundestag;
- Aufbau einer europäischen Vernetzung gemeinsam mit dem Bundesvorstand zum Themenbereich Migration (New Pact on Migration and Asylum), mit Fokus auf die pax christi-Sektionen und unter Einbeziehung von Pax Christi International;
- Planung und Durchführung einer Multiplikator*innenreise (evtl. in Kooperation mit der EAK) an die EU-Außengrenzen (Lesbos);
- Engagement in der Bündnisarbeit, u. a. United4rescue.



Völkerrecht einhalten!

Der Arbeitsauftrag der Nahostkommission wurde in folgendem Punkt aktualisiert:

„Im Anschluss an die frühere Aktion ‚Besetzung schmeckt bitter‘ das Thema ‚Völkerrecht einhalten – Keine israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet‘ als einen Schwerpunkt weiterzuverfolgen, geeignete Aktivitäten zu entwickeln und weiterhin das Ziel einer öffentlichkeitswirksamen Aktion zu verfolgen.“

Klimakiller Militär

pax christi entschied, die Petition „Stop Excluding Military Pollution from Climate Agreements“ (Hört auf, die militärischen Umweltschäden bei den Klimaverhandlungen auszuschließen) zu unterzeichnen.

In dieser Petition werden die Staaten auf der UN-Weltkonferenz Anfang November 2021 in Glasgow aufgefordert, die militärisch verursachten Treibhausgasemissionen mit in die Verhandlungen einzubeziehen. Weiterhin fordert der Aufruf eine generelle weltweite Abrüstung.

Ökonomie und Ökologie

Die 2019 eingesetzte Arbeitsgruppe erhielt einen neuen Auftrag – und kann jetzt nach der Pandemie hoffentlich ihre Arbeit aufnehmen:

- 1) Die AG wird beauftragt, bis zur Delegiertenversammlung 2022 den Kontext Ökonomie und Ökologie auf der Grundlage der Enzyklika „Laudato Si“ herauszuarbeiten und Umsetzungsmöglichkeiten für die Weiterarbeit dazu für die pax christi-Bewegung in Deutschland zu erarbeiten.
- 2) Die AG wird beauftragt, zum Kongress im Mai 2023 anlässlich des 75-jährigen Bestehens der pax christi-Bewegung in Deutschland, einen Workshop vorzubereiten.
- 3) Die AG übernimmt die Vertretung im Netzwerk „Gerechter Welthandel“ für die Deutsche Sektion.



pax christi hat gewählt

Bundesvorstand, Kommissionen und AGs – wurden neu besetzt

Zusammengestellt von Christine Hoffmann



Der neu gewählte Bundesvorstand (v.l.n.r.): Odilo Metzler, Klaus Hagedorn, Christine Hoffmann (beratend), Maria Buchwitz, Horst-Peter Rauguth, Gerold König, Benedikt Pees, Stefanie Wahl, Norbert Fabian, Birgit Wehner

Diese Delegiertenversammlung war eine typische Wahlversammlung, denn die Mitglieder des Bundesvorstandes und der Kommissionen der Sektion werden jeweils für drei Jahre gewählt.

Nun sind wieder alle Gremien der Sektion komplett besetzt. Zwei neue Kommissionen sind hinzugekommen: die Kommission Migration und aus der AG Christlich-Muslimischer Dialog ist auch eine Kommission geworden. Hinter der Einsetzung einer Kommission steht die Entscheidung der Delegiertenversammlung, dass pax christi das Thema auf Dauer bearbeiten soll.

Neu hinzugekommen ist auch die Arbeitsgruppe, die die Kampagne „gewaltfrei wirkt.“ konzipieren und vorbereiten soll. Der Kampagnenstart ist für den 2. Oktober 2022, den Geburts- und Gedenktag Gandhis, bzw. dem Internationalen Tag der Gewaltfreiheit geplant.

Aufgelöst wurde die Kommission Friedensbildung, weil die bisherigen Mitglieder aufgrund ihres Einstiegs in die Rente die Kommissionsarbeit beendet haben. Sie wünschen sich, dass später einmal wieder neue Leute, die auch an Schulen aktiv sind, die Arbeit wiederaufnehmen.

Der Bundesvorstand besteht jetzt aus:

- Präsident Bischof Peter Kohlgraf (Mainz)
- Bundesvorsitzende Stefanie Wahl (Petersberg)
- Bundesvorsitzender Gerold König (Langerwehe)
- Geistlicher Beirat Klaus Hagedorn (Oldenburg)

weitere Mitglieder:

- Maria Buchwitz (Münster)
- Norbert Fabian (Duisburg)
- Odilo Metzler (Stuttgart)
- Benedikt Pees (Düsseldorf)
- Horst-Peter Rauguth (Trier)
- Birgit Wehner (Karben)

Kommission Christlich-Muslimischer Friedensdialog

- Reiner Besse (Brühl)
- Jost Eschenburg (Augsburg)
- Josef Freise (Neuwied)
- Werner Höbsch (Brühl)
- Adnan Nasser (Stuttgart)
- Paul Reinwald (Laaber)
- Michael Rösch (Augsburg)

Kommission Friedensdienste

- Monika Bossung-Winkler (Böhl-Iggelheim)
- Lara Weller (Bonn)
- Hiltrud Schmitz (Viersen)
- Lambert Esser (Roetgen)
- Friedhelm Boll (Bonn)

Kommission Friedenspolitik

- Gertrud Casel (Trier)
- Albert Fuchs (Meckenheim)
- Christof Grosse (Pforzheim)
- Wolfgang Kramer (Stuttgart)
- Odilo Metzler (Stuttgart)

Kommission Migration

- Christoph Krauß (Mainz)
- Tim Thiessen (Lüneburg)
- Max Weber (Bonn)
- Ute Zeilmann (Wertheim)

Kommission Nahost

- Susanne Blatt (Leutenbach)
- Manfred Budzinski (Mühlacker)
- Mirjam Hitzelberger (Stuttgart)
- Judith Reisenauer (Königswinter)
- Rudolf Rogg (Uhlidingen)
- Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
- Marius Stark (Neuss)
- Martina Waiblinger (Tübingen)

Kommission Rüstungsexport

- Christian Artner-Schedler (Schwabegg)
- Nikolaus Huhn (Weimar)
- Fabian Sieber (Erfurt)
- Karl-Heinz Wiest (Kirchheim)

Kommission Solidarität Eine Welt

- Pedro Andres Barrera Carrillo (Erkrath)
- Margaret Buslay (Erkrath)
- Yeison Enrique Mosquera Hurtado
- Christa Guerrero (Düsseldorf)

Kommission Solidarität mit Zentralafrika

- Maria Buchwitz (Münster)
- Jean Djamba (Harxheim)

- Manfred Jäger (Paderborn)
- Brigitte Schmeja (Halle/Saale)
- Heinz Werner Wessler (Uppsala)

AG Mittel- und Osteuropa

- Thomas Bremer (Berlin)
- Johannes Schnettler (Aachen)
- Georg Hörnschemeyer (Osnabrück)
- Elena Rother (Dresden)

AG Ökonomie und Ökologie

- Charles Borg-Manché (München)
- Stefan Leibold (Münster)
- Peter Schönhöffer (Ingelheim)
- Johannes Kirsch (Dortmund)
- Adolf Witte (Parsberg)

AG Kampagne „gewaltfrei wirkt.“

- Klaus Hagedorn, Geistlicher Beirat (Oldenburg)
- Ursula Paulus (Köln)
- Stefan Voges (Aachen)

begleitet von der Projektreferentin Inga Ferber



Die Delegierten im Abstimmungsmodus



Ein Jahr für den Frieden

Auf der Suche nach Versöhnung und Verständigung

Auf der Delegiertenversammlung am 22.-24.10.21 in Fulda wurde die Entsendung Freiwilliger in pax christi-Partner-Projekte als wichtiger Schwerpunkt bestätigt. Alle pax christi-Diözesanverbände können dabei mitwirken!

Wie alles begann – die Friedensdienste von pax christi

Anfang der 90er Jahre standen Überlegungen im Raum, wie man jungen Männern eine Alternative zum „normalen Zivildienst“ bieten könnte, der in Deutschland in verschiedenen Institutionen, Altenheimen, Krankenhäusern, Jugendeinrichtungen etc. abgeleistet werden konnte. Der Weg zum Zivildienst ging nur über einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung. Die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer war nicht einfach. Es musste eine Gewissensentscheidung vorliegen, über die von Prüfungskommissionen entschieden wurde.

1990 kam der Aachener Priester Manfred Deselaers, der für das Bistum Aachen in Polen eingesetzt war (und immer noch ist), auf den Diözesanvorstand von pax christi Aachen mit der Idee zu, über pax christi einen Zivildienst im Ausland als Friedensdienst zu organisieren. Die ersten Stellen für Friedensdienstleistende waren geschaffen! 1992 erfolgte die erste Entsendung zweier Freiwilliger nach Jelcz in Polen. Gleichzeitig brandete der Krieg im ehemaligen Jugoslawien auf. Flüchtlingslager entstanden und die Sorge war sehr groß, dass dort eine humanitäre Katastrophe entstehen könnte. Auch hier wurden Freiwillige entsandt, damals nicht als „Ersatzdienst“,

sondern als tatsächliche Freiwilligendienste. Daraus entstand das Interesse von pax christi am ehemaligen Jugoslawien als Einsatzland für Friedensdienste. Durch diese Geschichte begründet sich der Schwerpunkt der pax christi-Freiwilligendienste in Polen und in den Balkanstaaten.

Friedenspolitische Dimension

Die friedenspolitische Dimension ist die Grundlage der Friedensdienste von pax christi und unterscheidet sich von Freiwilligendiensten anderer Anbieter. Neben der Schwerpunktsetzung in der Seminararbeit sind es die Partnerschaften und Einsatzstellen, die eine friedenspolitische Ausrichtung aufweisen müssen. Dabei werden die friedenspolitischen Kriterien, nach denen pax christi grundsätzlich arbeitet, auch auf die Friedensdienste angewendet. Dazu zählt insbesondere die Motivation, sich gegen strukturelle Ungerechtigkeit und Gewalt in jeder Form einzusetzen und der Wille, nach dem Weg der Versöhnung zu suchen. Die aktuellen pax christi-Einsatzstellen sind sehr unterschiedlich und in verschiedenen Ländern und Gesellschaften angesiedelt. Verbunden sind sie aber immer darin, dass ihre Arbeit sich für den Menschen und seine friedvolle Umgebung einsetzt. Dabei ist es egal, ob gemeinsam mit Indigenen in den Anden Ecuadors gearbeitet wird oder ob beidseits der Mauer in Israel und in den palästinensischen Gebieten Angebote für Jugendliche stattfinden oder ob die NGO im Kosovo sich für die Versöhnung der Menschen mit unterschiedlicher ethnischer Zugehörigkeit einsetzt. Die Freiwilligen lernen vor Ort praxisnah die unterschiedlichen Dimensionen von Friedensarbeit kennen und erleben, wie mit Ungerechtigkeiten umgegangen wird. In den pädagogischen Vor- und Nachbereitungsseminaren haben die Freiwilligen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Werte zu reflektieren und für ihre Zukunft nutzbar zu machen.

Die Friedensdienste als Teil der Deutschen Sektion und der Diözesanverbände

Alle Projekte machen auf unterschiedliche Weise deutlich, wie Versöhnungsarbeit heute aussehen kann. Weil die einzelnen Projekte zentrale Aspekte der pax christi-Arbeit aufgreifen, ist ihre Arbeit und der Kontakt zu ihnen nicht nur für die jungen Freiwilligen ein wichtiger Erfahrungs- und Lernraum. Auch für die pax christi-Mitglieder jeden Alters in allen Gruppen und Diözesen birgt dieser Kontakt große Bereicherung.

Die Freiwilligenarbeit ist arbeitsteilig organisiert:

- Der Diözesanverband Aachen ist verantwortlich für Organisation und pädagogische Begleitung.
- Die Kommission Friedensdienste, die von der Delegiertenversammlung eingesetzt wurde, begleitet die Arbeit, trägt Sorge für die Programmentwicklung und bietet allen Diözesanverbänden Informationen und Austausch an.

Grundsätzlich sind alle Diözesanverbände eingeladen, entsprechend ihren besonderen Interessen, Partnerprojekte auszuwählen, die Einsatzstellen anbieten und den Kontakt zu halten. Sie werden so kooperierender Diözesanverband und

Wo geht's hin mit den pax christi-Friedensdiensten?

Auf den Westlichen Balkan, nach Ecuador, nach Polen und nach Betlehem im Nahen Osten.

begleiten die Freiwilligen und die Projektpartner während des Dienstes. Auch eine inhaltliche Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte sind möglich. Zur Unterstützung dieser Arbeit sind Referent*innenstellen beim Diözesanverband Aachen angesiedelt. Die Kooperation mit den Diözesanverbänden wird durch einen Kooperationsvertrag geregelt.

Jedes Jahr neue Freiwillige werben

Neben den kooperierenden Diözesanverbänden sind auch alle anderen Diözesanverbände eingeladen, Werbung für die Friedensdienste zu machen. Das kann über pax christi-Mitglieder passieren, die an Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen tätig sind und die ihre Zielgruppen jedes Jahr mit den Informationen über die Bewerbungsmöglichkeiten ausstatten. Zu Veranstaltungen können auch ehemalige Freiwillige eingeladen werden, die über die Einsatzstellen und deren Bezug zur pax christi-Friedensarbeit informieren. Informationen über die Bewerbungstermine können digital oder analog in Gemeinden, Schulen, Artikeln in Zeitschriften oder im Internet weitergegeben werden.



Freiwilliges Internationales Jahr



Das Impulse-Heft 1 „Friedensdienste in pax christi“ – das hier auszugsweise präsentiert ist – kann im pax christi-Sekretariat bestellt werden.

Kampagne „Menschenrecht statt Moria“

Geflüchtete aufnehmen – Pushbacks verhindern – Europa gewinnen

Stefanie Wahl und Daniel Hügel

Mit der Kampagne „Menschenrecht statt Moria“ kritisiert pax christi gemeinsam mit wichtigen katholischen, ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Partner*innen die Missachtung des Völkerrechts und Verstöße gegen die Genfer Flüchtlingskonvention an den EU-Außengrenzen. Die Trägerorganisationen der Kampagne kritisieren die Abschottungspolitik der EU und fordern einen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik.

Am 8. September 2020 brannte das Elendslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos komplett nieder. Durch den Brand wurde die humanitäre Katastrophe in den sogenannten Hotspots an den EU-Außengrenzen besonders sichtbar. Ein Jahr danach hat sich die Situation strukturell und politisch kaum verändert. Im Gegenteil: Immer neue Orte des Unrechts werden sichtbar, an denen Menschenrechte im Namen der EU verletzt werden und immer neue Methoden:

- Illegale Pushbacks werden erwiesenermaßen von FRONTEX-Beamt*innen durchgeführt – einige davon unter Beteiligung deutscher Bundespolizist*innen. Geflüchtete Menschen werden damit aktiv an ihrem Recht gehindert, in der Europäischen Union Asyl zu beantragen.
- In Bosnien-Herzegowina ist die Lage ebenfalls dramatisch: Menschen leben ohne jegliche Infrastruktur in offenen Baracken, im Wald oder in verfallenen Fabriken. Grenzschutzbeamt*innen aber auch Teile der Bevölkerung verüben gewalttätige Übergriffe auf sie und sie sind all dem schutzlos ausgeliefert. Auch dieses Bild gehört zur europäischen Politik der Migrationsabwehr. (Und erst kurz vor Erscheinen dieses Artikels wird öffentlich: Kroatische

Grenzschutzbeamt*innen prügeln Schutzsuchende mit Schlagstöcken aus der EU).

- 2021 sind laut der Internationalen Organisation für Migration bis Ende Juni fast 900 Menschen im Mittelmeer ertrunken, das sind 130 Prozent mehr als im Jahr 2020. Auch der Seeweg zu den Kanaren bedeutete für über 250 Menschen in diesem Jahr den Tod. Währenddessen werden zivile Seenotrettungsschiffe, wie die Sea Watch 3, von EU-Mitgliedstaaten festgesetzt und können keine neuen Rettungsmissionen starten. Die EU hat weiterhin die tödlichste Außengrenze der Welt mit 21.500 Toten seit 2014.

Die Kampagne „Menschenrecht statt Moria“ hat sich zu ihrem Start im Frühjahr 2021 zum Ziel gesetzt, sich für die Aufnahme von Geflüchteten von den EU-Außengrenzen einzusetzen und für einen Wandel hin zu einer menschenrechtsbasierten Asyl- und Migrationspolitik einzutreten.

Appell an die Bundesregierung

Zunächst richteten die Trägerorganisation mit Unterstützung von pax christi-Präsident Peter Kohlgraf, Bischof von Mainz, Michael Gerber, Bischof von Fulda und Otto Georgens, Weihbischof in Speyer, gemeinsam mit sechsundzwanzig Abgeordneten des Deutschen Bundestages einen Appell an die Bundesregierung. Die systematische Verletzung der Menschenrechte Geflüchteter, die an den EU-Außengrenzen ihr Recht auf Asyl in Anspruch nehmen wollen, dürfe nicht länger hingenommen werden.

Die Unterstützer*innen des Appells „Wir in Deutschland können mehr: Geflüchtete aufnehmen – Pushbacks verhindern – Europa gewinnen“ forderten die Bundesregierung auf,

- sofort mindestens weitere 14.000 Menschen aus den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aufzunehmen und sich für einen fairen und an den Menschenrechten orientierten Verteilmechanismus innerhalb der EU einzusetzen, damit weitere humanitäre Katastrophen in den „Hotspots“ an den EU-Außengrenzen verhindert werden;
- sich für eine sofortige Beendigung der illegalen Pushbacks von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen durch die FRONTEX-Einheiten und nationalen Grenzschützer*innen einzusetzen und ihren Einfluss in der Europäischen Union zu nutzen, um diese Menschenrechtsverletzungen zu stoppen.

Symbolisch trug die Kampagne, vertreten durch den pax christi-Bundesvorsitzenden Gerold König, den Appell am Jahrestag des Brandes in Moria zum Bundesministerium



Foto: Inga Ferber



Die Lichtinstallation entwickelte der Künstler Helmut Lehwalder

des Inneren. Das angefragte Gespräch mit dem pax christi-Präsidenten Bischof Peter Kohlgraf und die seit Juni 2021 erbetene Entgegennahme des Appells wurde von Bundesinnenminister Seehofer nicht beantwortet.

Allianz für Asyl- und Migrationspolitik und Aktionstag

Neben diesen konkreten Forderungen zur Verbesserung der Situation von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen setzte sich die Kampagne für einen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik ein. Die Lage an den EU-Außengrenzen wird verursacht von einer Politik der Migrationsabwehr, die durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten vorangetrieben wird. Um die Lage an den Außengrenzen also zu ändern, bedarf es einer Politik, die wieder die Menschenrechte achtet, schützt und gewährleistet. Für einen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Migrationspolitik braucht es politische Mehrheiten auf Bundes- und EU-Ebene. Deshalb warb die Kampagne für eine Allianz für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik und sprach die Kandidat*innen der Bundestagswahl an, sich dieser Allianz anzuschließen. Ziel muss es sein, die festgefahrene politische Lage in Deutschland aufzubrechen und durch einen lösungsorientierten Dialog wieder ins Handeln zu kommen, um das Unrecht an den EU-Außengrenzen zu beenden.

Im Rahmen eines gemeinsamen Aktionstages zwei Wochen vor der Bundestagswahl, am 11. September, riefen die Trägerorganisationen dazu auf, Wahlkampfveranstaltungen und Wahlkampfstände aufzusuchen und in Gesprächen für die Unterstützung der Allianz zu werben. Umrahmt wurde der Aktionstag durch einen Auftaktgottesdienst mit dem pax christi-Präsidenten Bischof Peter Kohlgraf und einer

Licht- und Klanginstallation „Vertreibung, Flucht, Asyl“ in St. Bonifatius in Wiesbaden am Abend, die jeweils online verfolgt werden konnten. Weiterhin fanden an vielen Orten lokale politische Nachtgebete, Diskussionsrunden oder andere Veranstaltungen statt.

Menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik in den Koalitionsvertrag

Auch nach der Bundestagswahl setzt die Kampagne ihr Engagement für eine menschenrechtskonforme Asyl- und Migrationspolitik fort. Sie appelliert an den neu zusammengesetzten Bundestag und vor allem an eine neue Bundesregierung, sich glaubwürdig für einen Wandel in der Asyl- und Migrationspolitik einzusetzen. In einen neuen Koalitionsvertrag gehört ein klares Bekenntnis zu einer menschenrechtskonformen Asyl- und Migrationspolitik sowie sofortige Schritte, wie die Aufnahme von Geflüchteten von den EU-Außengrenzen und den Abzug von deutschen Beamt*innen aus FRONTEX-Einsätzen. Auf europäischer Ebene muss eine neue Bundesregierung versuchen, die Fortsetzung der derzeitigen Asyl- und Migrationspolitik und die Verhandlungen zum New Pact on Migration and Asylum zu stoppen und stattdessen eine europäische Allianz für eine menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik formen.



Stefanie Wahl ist pax christi-Bundesvorsitzende. Daniel Hügel ist Friedensarbeiter von pax christi Münster und war von April bis November Projektreferent der Kampagne.

Prendere cura – Sich liebevoll kümmern und heilen

Themen und Schwerpunkte von pax christi Italien in den letzten Jahren

Don Renato Sacco



pax christi Italien

- Ca. 500 Mitglieder;
- alle vier Jahre Einladung aller Mitglieder zum „Congresso“ . Dort werden Inhalte und Schwerpunkte festgelegt, das elfköpfige Consiglio Nazionale (Bundesvorstand) und der Coordinatore (nationalen Koordinator) gewählt;
- alljährlich zu Silvester Veranstaltung eines Friedensweges;
- monatliches Erscheinen der Zeitschrift „Mosaico“;
- Träger der „Casa per la Pace“, ein Jugend- und Begegnungshaus in Tavarnuzze bei Florenz, samt pax christi-Büro;
- „Punto Pace“ (Friedenspunkte) heißen die Ortsgruppen, die ihre Themen selbst festlegen. Z. B.: Bozen (vor allem Erinnerungsarbeit z. B. an Josef Mayr Nusser, Franz Jägerstätter – Berührung mit pax christi Österreich, Bildungsarbeit), Vicenza (Friedenswanderungen in den Alpen, Entmilitarisierung), Ivrea, Bologna (eigene Kirche mit Pfarrhaus zum Informieren und Feiern), Florenz (Ponti non mure).

Foto: pax christi Italien

Für pax christi Italien war die Pandemie ein einschneidendes Ereignis: Wir mussten unser Begegnungshaus, die „Casa per la Pace“ lange Zeit schließen, einige Ausgaben unserer Zeitschrift „Mosaico di pace“ konnten nicht erscheinen, der Friedensweg an Silvester, den wir seit über 20 Jahren durchführen, fand nicht statt. Aber wenigstens erschien eine nur von Frauen geschriebene Sonderausgabe von Mosaico zur Botschaft des Papstes zum Weltfriedenstag 2021 „Die Kultur der Fürsorge als friedlicher Weg“.

Die Worte von Papst Franziskus, die Menschen glaubten, sie „lebten gesund in einer kranken Welt“, regten die italienische Sektion zum Nachdenken an. Die Pandemie hat

uns gezwungen, vieles grundlegend zu überprüfen. Das Andenken an die Opfer lässt uns unsere eigene Verletzlichkeit spüren. Es ist notwendig, neu über das eigene Leben nachzudenken. Angesichts der Verwundbarkeit rief Papst Franziskus zu einer Kultur der heilenden Fürsorge auf.

Den Frieden vorbereiten

Der Kongress Anfang September in Assisi – mit 140 real und 30 online Teilnehmenden – stand unter diesem Thema: Wenn wir Beziehungen sorgfältig pflegen, bereiten wir den Frieden vor – auf verschiedenen Gebieten – der Umwelt, in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Kirche. Geschwisterliche Beziehungen zu einzelnen Menschen, Gesellschaftsschichten und Nationen sollen gepflegt werden. Die Idee der sorgfältigen Pflege zeigt sich an aktiver Gewaltfreiheit ebenso wie an einer fruchtbaren und lebensfördernden Politik, die dem Krieg seine Macht nimmt.

Gemeinsam mit verschiedenen Organisationen, z. B. dem italienischen Netzwerk für Frieden und Abrüstung (RIPD), haben wir folgende Themen besprochen: Europa sollte autonom und souverän werden, fähig zu einer aktiven neutralen Haltung. Die UNO müsste reformiert werden, in Italien sollte es keine B61-12-Atombombe geben und es sollte eine Institution zur gewaltfreien Verteidigung eingerichtet werden.

Aktionen und Aktivitäten

In die Öffentlichkeit wurden diese Forderungen über folgende Aktionen gebracht: Über die Friedenswege am Jahresende und über die Kampagne „Italia ripensarci“ – Italien neu denken. Sie hat das Ziel, dass Italien dem Atomwaffensperrvertrag der UNO beitrifft. Ermutigend war, dass der Vorsitzende der italienischen Bischofskonferenz, Kardinal Gualtiero Bassetti sowie andere Bischöfe dies unterstützen. In einem gemeinsamen Aufruf forderten schließlich ACLI (Azione Cattolica Italiana), der Verein „Gemeinschaft Papst Johannes XXIII), die Focolare-Bewegung und pax christi: „Italien neu denken“.

Weitere Aktivitäten sind:

- Die Unterstützung des Netzwerks „Zivilgesellschaft für Palästina“ mit der Kampagne „Brücken nicht Mauern“ (Ponti non Muri). Dieses Netzwerk trifft sich seit 2017 in der Casa per la Pace.
- Wir haben uns gegen Rüstungsexporte eingesetzt: d. h. für eine Umsetzung des Gesetzes 185/90, das den Waffenexport in Krieg führende Länder verbietet.
- Auch die Aktion gegen „Bewaffnete Banken“ (banche armate) lief weiter – die sich gegen Banken wendet, die Waffengeschäfte finanzieren.
- Mit der Kampagne F35 wenden wir uns gegen die Produktion der neuesten Generation von Jagdbombern, die auch Atombomben transportieren.
- Seit dem Kongress 2017 treten wir mit der Kampagne „Sulle soglie – senza frontiere“ („Auf den Schwellen – ohne Grenzen“) gegen die Ablehnung von Flüchtlingen ein. Wir

wollen ihr eine Kultur der Begegnung entgegensetzen, indem wir das bestehende breite Netzwerk der Unterstützung von Flüchtlingen fördern.

- Seit 2016 war das Thema „Kümmere dich um unser gemeinsames Haus, damit du in der Lage bleibst zu leben“ wichtig. Auf der Basis von Laudato Si‘ arbeiteten wir verstärkt am Thema „Fürsorge für unseren Planeten“ durch eine Spiritualität und Praxis einer ganzheitlichen Ökologie.
- Erziehe zu einer „Grammatik“ der heilenden Sorge in Schulen: Pax Christi Italien nimmt die Einladung von Papst Franziskus an, der einen „Globalen Bildungspakt“ fordert, der uns zu einer „umfassenden Solidarität und einem neuen Humanismus führt, damit wir die Herausforderungen einer Welt, die sich in fortwährender Veränderung befindet und zahlreiche Krisen durchlebt, annehmen können“. Wir können Zeugnis ablegen, informieren und das Bewusstsein jüngerer Menschen für die Themen schärfen, die uns am Herzen liegen. D. h. Friedenserziehung betrifft alle Bereiche von pax christi Italien. Neben vielem anderen steht hier z. B. ein Online-Seminar auf dem Programm, mit dem das Dokument von Pax Christi International zur Gewaltfreiheit bekannt gemacht werden soll.
- Weitere Arbeitsbereiche sind der synodale Weg der italienischen Kirche und die Synode der Weltkirche.

Das sind einige der Arbeitsbereiche von pax christi Italien. Wir werden dann wieder unseren Weg fortsetzen – erneuert, belebt, begeistert – für den Frieden.



Don Renato Sacco war bis August 2021 nationaler Koordinator von pax christi Italien

Übersetzung aus dem Italienischen von Barbara Häußler, pax christi Würzburg.



Lehre(n) aus dem Afghanistan-Desaster

Grundlegende Neubesinnung – statt mehr vom Gleichen!

Albert Fuchs

Mit dem chaotischen Abzug der US- und NATO-Truppen samt Verbündeten ist nicht nur das Afghanistan-Abenteuer des Westens gescheitert. George W. Bushs und seiner Nachfolger gesamter weltweiter *War on Terror* hat sich als gigantischer Fehlschlag erwiesen. Er wurde miserabel begründet, hat unvorstellbare Summen gekostet, unzählige Menschen das Leben gekostet, die gesamte nah- und mittelöstliche Region destabilisiert, eine beträchtliche Anzahl von *Failed States* hinterlassen und nicht nur das vorgebliche Ziel, die Zerschlagung des internationalen Terrorismus, nicht erreicht, sondern den Terror eher noch befördert. Wer wie die Bundeskanzlerin meint, jenseits der Bekämpfung des Terrorismus sei „alles nicht so geglückt und nicht so geschafft worden, wie wir uns das vorgenommen haben“ (2021), redet (sich) das Scheitern immer noch schön. Denn zumindest hält er oder sie die Terroristenjagd am Hindukusch augenscheinlich für eine Erfolgsgeschichte. Eine schonungslose Bilanz sieht anders aus.

Mehr vom Gleichen?

Bei derart stupider Realitätsverweigerung kann man sich über die von „verantwortlichen“ Regierenden aus dem

Afghanistan-Desaster gezogenen „Lehre(n)“ kaum noch wundern. Sie laufen auf einen gemeinsamen Nenner hinaus: auf mehr vom Gleichen, auf mehr Rüstung, mehr Truppen, mehr Kriegsvorbereitung und mehr Krieg. Diesbezüglich sind sich die maßgeblichen westlichen Machthaber und Machthaberinnen eindrucksvoll einig, unbeschadet aller Positionsdifferenzen im Hinblick auf die je eigene Klientel. Dabei zählen deutsche Regierende und Amtierende zu den Antreibern weiterer Militarisierung – zählten im vergangenen Wahlkampf insbesondere auch die „Möchte-gern-Regierenden“ dazu.

Zur Überwindung der scheinbar alternativlosen militärfixierten Denk- und Handlungsmuster im Nachgang zu dem Desaster ist nicht nur das katastrophale Scheitern in Afghanistan kritisch zu bilanzieren und tiefergehend zu analysieren. Der gesamte Komplex des unter Berufung auf *Nine Eleven* zeitlich und räumlich entgrenzten Anti-Terrorkriegs gehört auf den Prüfstand. Beides muss hier dahingestellt bleiben. Eine wirkliche Neubesinnung erfordert aber auch Klarsicht in puncto „Tiefenstruktur“ des Glaubens an die Heilkraft militärischer Gewalt. Dazu in gebotener Kürze wenigstens eine Skizze.



Die offiziösen Lehren aus dem Desaster lassen kein Jota Umdenken erkennen. Man sieht sich „... in eine(r) neuen Ära verstärkter Konkurrenz“ im Übergang „zu einer neuen internationalen Ordnung“ (von der Leyen 2021). Solche Konkurrenz-Rhetorik ist in der Regel von militärfreundlichen bis militaristischen Argumentations-Requisiten durchsetzt. Die zugrundeliegende außen- und sicherheitspolitische Perspektive entstammt geradezu lehrbuchhaft dem „realpolitischen“ Paradigma; insbesondere wird die Frage, wie Krieg zu vermeiden und Frieden zu gewinnen ist, letztlich im Sinne dieses Paradigmas beantwortet. Ausgehend von einem skeptischen bis pessimistischen Menschenbild sieht man den Möglichkeiten kooperativen Handelns enge Grenzen gesetzt bzw. versteht Kooperation als der Konkurrenz funktional untergeordnet. Als „realistisch“ in einer anarchischen Welt konkurrierender sozialer Einheiten (Individuen, Gruppen, Staaten...) ohne ordnende Autorität gilt demnach, auf Selbstschutz und Selbsthilfe zu setzen, Sicherheit durch Aufrüstung, Frieden durch Abschreckung zu suchen. Das aber muss von potenziellen Gegner*innen als Bedrohung der eigenen Sicherheit und als Gefährdung des Friedens erlebt werden und dazu führen, dass sie ihrerseits Schutz in Militär und (weiterer) Rüstung suchen. Da annahmegemäß alle (Staaten) so funktionieren, erwächst aus den Sicherheitsbestrebungen der Einzelnen mehr und mehr Unsicherheit für alle. Dieses *Sicherheitsdilemma* ist prinzipiell nicht aufhebbar. (Herz 1950) Die Hintergrundannahmen der realpolitischen Perspektive erweisen sich bei genauerem Hinsehen als Ursache und Treiber

der Sicherheitsdilemmatik. Man hat es nur scheinbar mit realistischen Annahmen zur „Natur“ von Mensch und Gesellschaft zu tun. In Wirklichkeit handelt es sich um hochspekulative Konstruktionen, die nicht falsifizierbar und insofern empirisch eher leer sind. Sie wirken gleichwohl, vor allem normativ, bestimmen jedenfalls die eigenen Sicherheitsbestrebungen und -maßnahmen und in der Folge die Bedrohungswahrnehmung der anderen und deren Bestrebungen. Damit kommt eine fatale *Self fulfilling prophecy*-Dynamik in Gang (Merton 1967): Die zunächst unzutreffenden Annahmen bewahrheiten sich aufgrund entsprechenden eigenen Agierens. Verstärkt wird diese Dynamik durch den Mechanismus der wechselseitigen Akteur-Adressaten-*Perspektiven-divergenz* (Jones & Nisbett 1971): Eigenseitige Maßnahmen werden grundsätzlich als defensiv und gerechtfertigt wahrgenommen und auf äußere Umstände zurückgeführt (insbesondere auf gegnerisches Handeln); gegnerische werden als bedrohlich, aggressiv und nicht rechtfertigungsfähig interpretiert und der Bösartigkeit des Gegenübers zugeschrieben. Das führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Spirale zunehmender wechselseitiger Unsicherheit und damit zu wachsender Gefahr eines katastrophalen Ausgangs.

Grundlegende Neubesinnung

Ohne Einsicht in diese fatale Dynamik wird sich kaum eine „Schubumkehr im Denken und Handeln der politisch Verantwortlichen“ (Gabriel 2017) in Richtung Entspannung, Dialog, Vertrauen und Kooperation einstellen. Erforderlich



darüber hinaus ist eine differenzierte Vorstellung von einem alternativen Ansatz. Der muss nicht neu erfunden, wohl aber politisch erinnert und reaktiviert werden.

Mit der UNO-Idee der Wahrung des Friedens durch ein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ (cf. Art. 24 (2) GG), das grundsätzlich nicht gegen einen äußeren Feind gerichtet ist, sondern nach innen Wirksamkeit entfalten und nach und nach alle Staaten einschließen sollte, liegt (nach diversen Vorläufen) die Alternative schon lange recht elaboriert vor. Als europäische Weiterentwicklung des UNO-Konzepts gelten die von der internationalen *Palme-Kommission* (1980–1982) erarbeiteten Prinzipien für Abrüstung und *Gemeinsame Sicherheit*, die später in der OSZE implementiert wurden (OSZE 2009). Im Rahmen von M. Gorbatschows *Perestroika* war die Sowjetunion der weltweit erste (und bisher einzige) Staat, der (die) Prinzipien Gemeinsamer Sicherheit als *Neues Denken* zur Grundlage vor allem seines außenpolitischen Handelns erhob.

Der ausschlaggebende Grund für Gorbatschows Ziel, nichts weniger als weltweit eine grundlegende Veränderung im außen- und sicherheitspolitischen Denken und Handeln zu erreichen, war die rapide wachsende Gefahr eines Atomkriegs in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und damit die Gefahr der Vernichtung der Zivilisation oder gar der Menschheit im Zuge der unabsehbaren und scheinbar unabwendbaren Konfrontation zwischen Ost und West. Menschheitsprobleme

wie die Atomkriegsgefahr und die ökologische Bedrohung des gesamten Lebensraums betreffen jedenfalls alle. Im Zentrum neuen Denkens müssen daher universelle Interessen und Werte stehen. Partikularinteressen von Gruppen, Klassen, Völkern, Staaten und Staatenbündnissen werden damit weder ignoriert noch verleugnet, wohl aber werden sie relativiert und sind u. U. hintanzustellen. Auch kann kein sozialer Akteur Menschheitsprobleme alleine, nur für sich oder gar gegen die anderen lösen. In einer zunehmend interdependenten Welt stehen alle in der Verantwortung, ihren Beitrag zu leisten. Eine durchaus „realistische“ Begründung von entsprechend kooperativem Verhalten kann der wohlverstandene Eigennutz darstellen, den die Akteure mit kooperativem Verhalten erzielen können. Das aber ist nur zwangsfrei zu erreichen, über Dialog und Verhandlung, und bedeutet zumindest, sich zu weigern, die Problembearbeitung als Kampf zu betrachten und feindselig zu agieren.

Auch bezüglich der Umsetzung dieser Ideale in praktische Politik ist das außen- und sicherheitspolitische Handeln der Sowjetadministration unter Gorbatschow mustergültig. Man kann es ähnlich wie das von US-amerikanischer Seite initiierte sog. *Kennedy-Experiment*, das im Nachgang zur Kuba-Krise zu einem kurzzeitigen Tauwetter im Verhältnis USA-Sowjetunion führte (Etzioni 1968), mit guten Gründen als praktizierten Gradualismus verstehen. Nach der Anfang der 1960er Jahre (Etzioni 1962; Osgood 1962) entwickelten



© Fotos: Christine Hoffmann

sog. GRIT-Strategie (GRIT für *Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction*) sollten abgestufte, zunächst einseitig initiierte, nach und nach aber von der Gegenseite erwiderte, spannungs- und rüstungsmindernde Initiativen die Rüstungsdynamik stoppen und in eine Abrüstungsdynamik überführen. Die Wirksamkeit eines entsprechenden Vorgehens im Falle Kennedy-Chruschtschow und Gorbatschow-Reagan steht außer Frage.

Als Grundvoraussetzung der Wirksamkeit gelten gemeinsame Interessen. Im Zentrum des Prozesses stehen die einseitigen und begrenzten Vorleistungen, welche die Adressaten zu funktional entsprechenden Reaktionen bewegen sollen. Dabei stellt Reziprozität eher ein Unterziel dar als eine verhaltensbestimmende Norm, und Akteurs- und Adressaten-Rolle (können) wechseln. In der Referenz- und Anschlussliteratur hat man sich eingehend mit Fragen von Kriterien und Rahmenbedingungen gradualistischer Entspannungs- und Abrüstungspolitik auseinandergesetzt. So gilt es z. B., den neuen politischen Ansatz als Leitidee und Bezugsrahmen vorab öffentlich klar und redlich mitzuteilen und jeden Schritt ebenso anzukündigen, auszuführen und zu entsprechender Entgegnung (nach Wahl der Adressierten) einzuladen.

Exemplarische Vorschläge

In einer aktuellen Retrospektive lässt Gorbatschow (2021) eine ethische Vertiefung des gradualistischen Ansatzes

erkennen, der über die seinerzeitige Orientierung an der „Entmilitarisierung der Weltpolitik“ nach dem „Grundsatz angemessener Verteidigungsfähigkeit auf niedrigerem Rüstungsniveau“ und unter strikter Einhaltung des Völkerrechts hinausgeht. Man kann darin eine Öffnung für die (u. a. pax christliche) Perspektive eines aktiv-gewaltfreien Pazifismus finden. „Realistische“ Ansatzpunkte dafür, dass einschlägige Entscheidungen und Maßnahmen der skizzierten Perspektive wenigstens nicht zuwiderlaufen, wären etwa im Bereich *Bündnis- und Rüstungspolitik* folgende Maßnahmen:

- Aufkündigung der 2%BIP-Aufrüstungsforderung der NATO und jährweise „Rückabwicklung“ der Militärausgabensteigerung der vorausgehenden Legislaturperiode.
- Verweigerung der (weiteren) Beteiligung an NATO-Militärübungen auf dem Gebiet ehemaliger Sowjetrepubliken sowie der Bereitstellung deutschen Territoriums für entsprechende Aufmärsche.
- Verzicht auf Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten oder bewaffnungsfähigen Drohnen und Beendigung der Beteiligung an dem vier-nationalen Eurodrohnen-Projekt.
- Rückzug von dem deutsch-französisch-spanischen Programm der Entwicklung eines neuen bemannten Mehrzweckkampfflugzeugs mit unbemannten Begleitflugzeugen und neuen Waffen- und Kommunikationssystemen (FCAS).
- Umwidmung der frei werdenden/eingesparten Mittel für militärfreie, genuin zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit.
- Aufrichtig erklärtes, konsequentes und nachhaltiges Bemühen um ein völkerrechtlich verbindliches Verbot von Kampfdrohnen und (voll-)autonomen Waffensystemen.

Soweit diese exemplarischen Vorschläge und Forderungen im Nachgang zu dem Afghanistan-Desaster für eine Neu-Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik durch die künftige Bundesregierung. Das Problemfeld Verwendung der Bundeswehr u. a. wäre für einen ähnlich breiten Maßnahmen-Fächer im Sinne der befürworteten Perspektive und Strategie zu entfalten. Im Übrigen sind weder die perspektivischen Überlegungen noch die konkretisierenden Vorschläge gönnerhaft als purer „Denksport“ (M. Söder) zu qualifizieren. Es geht um friedenspolitisch nicht weniger als tatsächlich „Neues in Deutschland“ (C. Lindner)!

Albert Fuchs ist Mitglied der pax christi-Kommission Friedenspolitik, war Hochschullehrer für Kognitions- und Sozialpsychologie und gründete das Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung mit.



Auf www.paxchristi.de findet sich eine Fassung dieses Artikels, die auf die hier nur angedeuteten Aspekte näher eingeht.

» Der CO₂-Fußabdruck eines Eurofighters ist nach einer Flugstunde enorm; 3.500 Liter Treibstoff werden verbrannt, sie entsprechen elf Tonnen CO₂-Äquivalente. «

Der CO₂-Fußabdruck der Bundeswehr

Ein wichtiges klimapolitisches Thema

Josef Roberg

Die weltweite Klimakrise ist Realität geworden. Schon heute sind viele Menschen durch sie in ihrer Existenz bedroht. Das Militär als bedeutender Treibhausgasemittent bleibt in den Diskussionen um eine Reduktion in der Regel außen vor. Auch auf der Weltklimakonferenz in Glasgow stand dieses Thema noch nicht im Fokus der Diskussion.

Die beste Maßnahme zum Schutz des Klimas wäre die vollständige Abschaffung des weltweiten Militärapparates. Als Friedensbewegung müssen wir uns einmischen, damit militärisch verursachte Treibhausgasemissionen auf die Agenda kommen.

Als Friedensorganisation setzen wir uns für die Bewahrung der Schöpfung ein; der Klimawandel ist auch unser Thema. Wir fordern die Abschaffung aller Waffen. In der Klimadiskussion müssen wir wohl Kompromisse schließen. Dennoch: Solange es das Militär gibt, sollen seine Emissionen wenigstens mitberücksichtigt und kontinuierlich reduziert werden.

Zahlen Daten Fakten

Für die Bundeswehr ist die Klimakrise kein unbekanntes Thema. In Strategiepapieren setzt sie sich damit auseinander, welche Rolle sie bei den politischen und sozialen Veränderungen spielt, die die Klimagefährdungen in vielen Ländern auslösen. Aber die Bundeswehr als Treiber des Klimawandels? Fehlanzeige!

2019 hat der Bundestag das Klimaschutzgesetz verabschiedet. Für die Bundeswehr gibt es dort, mit Ausnahme des Gebäudebestandes, keine definierten Klimaziele. Der komplette Bereich der Mobilität zu Wasser, in der Luft und an Land bleibt unberücksichtigt. Der Nachhaltigkeitsbericht liefert Zahlen zum CO₂-Ausstoß der Armee. 2019 betrug er 0,819 Mio. Tonnen aus dem Betrieb der Gebäudeinfrastruktur und 0,63 Mio. Tonnen aus der militärischen Mobilität. Insgesamt wird diesem CO₂-Ausstoß ein Anteil von 0,1 Prozent an der deutschen Gesamtproduktion zugewiesen (Umweltbundesamt 2021). Dabei unberücksichtigt sind die Daten aus den Auslandseinsätzen und über viele Zahlen darf wohl nicht geredet werden. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linken im Bundestag heißt es: „Bei der Veröffentlichung dieser Daten müssen jedoch Belange der militärischen Sicherheit berücksichtigt werden, um die Möglichkeit sicherheitsgefährdender Rückschlüsse zu vermeiden.“ (Dt. Bundestag, Drucksache 19/16217). Während es für den Gebäudebestand das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 gibt, existieren für den Bereich der Mobilität nur Absichtsbekundungen.

Klimawandel als industriepolitische Herausforderung

In einem Papier, welches die Bundesakademie für Sicherheitspolitik veröffentlicht, schreibt der Autor Dr. Hans-Jochen Luhmann, „Ein aktives Vorgehen stünde modernen Streitkräften als eine den Interessen des Gemeinwesens verpflichtete und technologisch auf der Höhe der Zeit operierende



Foto: Krasimir Grozev

Institution gut zu Gesicht. Die Pionierrolle ist darüber hinaus technologisch attraktiv – wegen des spillovers mit dem zivil benachbarten Bereich, der Luftfahrt. Ohne Klimaziel hingegen drohen die Streitkräfte industriepolitisch abgehängt zu werden.“ Die Klimakrise bedroht uns alle und wird hier doch nur auf eine industriepolitische Herausforderung reduziert.

Militärklimasünder Nr. 1

Im globalen Maßstab ist das Militär ein bedeutender CO₂-Emittent. Die US-Armee wird als weltweit größter institutioneller Verbraucher von fossilen Brennstoffen geführt. Laut einer britischen Studie von 2019 „reicht sich das US-Militär bei der Größenordnung seiner CO₂-Emissionen unter die 50 Länder mit dem höchsten CO₂-Ausstoß – noch vor Staaten wie Portugal und Peru“. „Laut Studie kaufte das US-Militär 2017 269.230 Barrel Öl pro Tag und emittierte durch das Verbrennen dieser Treibstoffe insgesamt mehr als 25 Millionen Tonnen Kohlendioxid“ (ORF Juli 2019).

pax christi wird aktiv

Die Klimakrise bedroht das Leben von Menschen und das Zusammenleben der Völker. Hier darf es keine moralischen oder friedenspolitischen Bedenken geben, sich aktiv in die militärische Klimadiskussion einzuschalten. Ja, pax christi fordert die Abschaffung des weltweiten Militärapparates und gleichzeitig treten wir aktiv für die Reduktion seines gigantischen Ressourcenverbrauchs ein.

Im November fand in Glasgow die Weltklimakonferenz statt. In den bisherigen Abschlussdokumenten war es den einzelnen Staaten überlassen, die militärischen Emissionen zu berücksichtigen und konkrete Reduktionsziele festzulegen. Die pax christi-Delegiertenversammlung in Fulda hat sich einem globalen Bündnis von Organisationen angeschlossen, die die Berücksichtigung der Treibhausgasproduktion des Militärs in den Verhandlungen des Klimagipfels und seine drastische Reduktion fordert. Die Resolution „Stop Excluding Military Pollution from Climate Agreements“ wurde auf dem Klimagipfel in Glasgow Anfang November übergeben.

Als Friedensorganisation müssen wir im Gespräch mit Politik und Militär immer wieder den exorbitanten militärischen Ressourcenverbrauch ins Gespräch bringen. Denn Frieden auf der Welt wird nur möglich sein, wenn das Leben aller Menschen gesichert ist.

Josef Roberg ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und der pax christi-Gruppe Düsseldorf.



Mehr als Gewalt und Hilflosigkeit

Geschichten des gewaltfreien Widerstandes

Inga Ferber

220 bewaffnete Konflikte zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung weltweit im Jahr 2020. Dabei handelte es sich unter anderem um Kriege zwischen Staaten, Bürgerkriege, Auseinandersetzungen zwischen Drogenkartellen, ethnisch-motivierte Konflikte und Ressourcenkonflikte. Doch obwohl die Kontexte so unterschiedlich sind, erreichen uns fast immer ähnliche Bilder, besonders wenn die Konflikte im Globalen Süden stattfinden: Auf der einen Seite stehen Männer, die brutale Gewalt ohne Rücksicht auf Verluste ausüben. Auf der anderen Seite stehen die Leidtragenden, meist Kinder und Frauen, die der Gewalt hilflos ausgeliefert sind.

Diese Bilder aus dem Globalen Süden beruhen auf einer langen Tradition. In der Kolonialzeit wurde die Darstellung der besetzten Bevölkerung als „wild“ und „unzivilisiert“ als Rechtfertigung für die brutalen Gewaltexzesse an der Bevölkerung missbraucht. Gleichzeitig wurde versucht, die unrechtmäßige Besetzung vonseiten der Kolonialmächte damit zu legitimieren, der „hilflosen“ und „trägen“ Bevölkerung zu einem besseren Lebensstandard zu verhelfen. Aber auch wenn die Absicht hinter den historischen Bildern inzwischen entschieden verurteilt wird, ist die Darstellung von Menschen in Konfliktkontexten als entweder bedrohlich oder hilflos weiterhin weitverbreitet.

Warum die vorherrschende Darstellung zu einseitig ist

Das Problem an der weitverbreiteten Darstellung ist nicht, dass sie nicht stimmt. Menschen begehen in Konflikten grausame Gewalttaten, worunter die Bevölkerung, und ganz besonders Frauen und Kinder, unvorstellbar leiden. Wie die Autorin Chimamanda Adichie anmerkt, bestehe die „Gefahr einer einzigen Geschichte“ nicht darin, dass sie „unwahr“, sondern dass sie „unvollständig“ sei. Denn diese Darstellung vergisst, dass es auch eine dritte Handlungsweise in Konflikten gibt: die der aktiven Gewaltfreiheit.

Neben denen, die Gewalt ausüben, gibt es auch immer diejenigen, die diese Taten dokumentieren und versuchen, die Täter*innen auf legalem Wege zur Rechenschaft zu ziehen. Hinter vielen hilflosen Kindern stehen mutige Mütter und Väter, die gewaltfrei für eine friedvolle Zukunft kämpfen. Und Frauen leiden zwar besonders unter den Folgen von Konflikten, sind allerdings auch häufig diejenigen, die durch ihr Engagement Friedensprozesse anstoßen und entscheidend voranbringen.

Die Folgen der einen Geschichte

Angesichts der wichtigen Rolle, die lokale Initiativen in Friedensprozessen spielen, erreichen die Geschichten von kreativem, indigenem, wirkungsvollem und gewaltfreiem



© Foto: Michael Schulze von Glaßner

Kreativer Protest vor dem Bundesgerichtshof zur Verhandlung gegen Sig Sauer wegen illegaler Waffenexporte nach Kolumbien

Widerstand viel zu selten eine große internationale Öffentlichkeit. Die Erklärung vieler großer Hilfsorganisationen für ihre einseitige Darstellung ist simpel: Leid erzeugt Mitleid, erzeugt Spenden. Doch dieses Argument muss präzisiert werden: Mitleid mag zu Spenden an Hilfsorganisationen führen – an westliche Hilfsorganisationen, die die hilfsbedürftigen Menschen im Globalen Süden „retten“ sollen. Die Darstellung einer hilflosen Zivilbevölkerung spielt auch Regierungen und Armeen in die Hände, die sich auf das Konzept der Internationalen Schutzverantwortung berufen, ohne ihre Strategie mit lokalen Friedensinitiativen abstimmen oder sie fragen zu müssen, ob eine militärische Intervention wirklich die einzige und beste Option ist.

Während einige Akteur*innen von der einseitigen Darstellung profitieren, leiden Aktivist*innen in Konfliktkontexten unter ihrer „Unsichtbarkeit“. Vertreter*innen der lokalen Zivilgesellschaft spielen in den meisten internationalen Foren und Friedensverhandlungen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Nur ein Bruchteil der weltweiten staatlichen und privaten Spenden fließt direkt an lokale Organisationen im Globalen Süden, wie etwa das Overseas Development Institute in ihrer Evaluation der globalen Initiative „The Grand Bargain“ aufzeigt. Dadurch fehlen lokalen Initiativen oft politischer Einfluss und finanzielle Mittel, um über die lokale Ebene hinaus wirken zu können.

Alternativen für neue Perspektiven

Dass es auch anders geht, zeigen exemplarisch Initiativen zu Kolumbien wie die pax christi-Kommission „Solidarität Eine

Welt“, „Aktion Aufschrei-Stoppt den Waffenhandel!“ oder die Kampagne „Water for Life“ von Pax Christi International. Durch Kampagnen in den sozialen Medien, Begegnungstreffen und Vortragsreisen unterstützten sie in den letzten Jahren zahlreiche Aktivist*innen aus Kolumbien dabei, auch hier in Deutschland von ihren Erfahrungen zu berichten. Die Einschätzungen der Aktivist*innen helfen uns, die „eine einzige Geschichte“ infrage zu stellen, dass wir im Globalen Norden durch Entwicklungshilfe, Diplomatie und andere Mittel zu Frieden und Wohlstand im Globalen Süden beitragen. Stattdessen schärfen die Berichte unsere Sicht auf globale Zusammenhänge und zeigen auf, wie wir in Deutschland zum Beispiel durch Waffenexporte und Rohstoffimporte zu Gewalt und Leid vor Ort beitragen.

Wo auch immer Konflikte und Gewalt entflammen, geht es weiterhin darum, diejenigen zu unterstützen, die sich dagegen aktiv gewaltfrei zur Wehr setzen. Ihre Geschichten sind weniger gut geeignet, um Mitleid zu erzeugen. Indem wir den Aktivist*innen zuhören, ihren Stimmen Raum verschaffen und uns dafür einsetzen, dass ihre Forderungen von Entscheidungsträger*innen gehört werden, können aber Empathie und Respekt entstehen. Auch können wir aus den Geschichten neue Kraft und Ideen schöpfen, unsere eigene Regierung zur Rechenschaft zu ziehen – für ihren Anteil an Gewalt im eigenen Land und anderswo.

Inga Ferber ist seit Juli 2021 Projektreferentin für aktive Gewaltfreiheit im pax christi-Sekretariat Berlin.

Das Denken in den Kategorien „Ost“ und „West“ überwinden.

Zur Arbeit der AG Mittel- und Osteuropa



Elena Rother, Thomas Bremer, Johannes Schnettler, Georg Hörnschemeyer

Die Leitlinie unserer Arbeit findet sich in der Erklärung des Bundesvorstandes zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion wieder, wenn es dort heißt: „Einerseits ist die Sicherheit der östlichen NATO-Staaten sowie der Ukraine sicherzustellen, ohne Russland ins Abseits zu drängen. Andererseits dürfen die Beziehungen der Staaten des europäischen Westens zu Russland die Länder Mittel-Osteuropas nicht zu Verlierern der internationalen Beziehungen machen.“

So sehen wir es als unsere Aufgabe an zu vermitteln, dass die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas mehr sind als „der Ostblock“ und dass es 30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion an der Zeit ist, das Denken in den Kategorien „Ost“ und „West“ zu überwinden. Bei aller berechtigten Kritik an der NATO ist es wichtig, die Russische Föderation nicht als ihren guten Gegensatz darzustellen, sondern auf beiden Seiten auf Menschenrechtsverletzungen und Gewaltausübung aufmerksam zu machen und gewaltfreie Alternativen aufzuzeigen.

Begegnungsreisen und Jugendaustausche sind für uns ein wertvoller Beitrag zur Friedensarbeit. Indem Menschen aus Deutschland nach Mittel-, Ost- und Südosteuropa reisen,

Interesse an diesen Regionen zeigen und sich über ihre Geschichte, Politik und Gesellschaften informieren, setzen sie dem Strom von Ost nach West etwas entgegen und tragen zu einer Gegenseitigkeit der Begegnung und des Interesses bei. Friedensdienste ermöglichen jungen Erwachsenen einen guten Einblick in die jeweiligen Kulturen ihres Gastlandes. So werden Grundsteine für ein vertieftes Verständnis und nachhaltiges Interesse auch an Ländern in Osteuropa gelegt.

Wir sind dabei, Partner*innen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu identifizieren, mit denen pax christi zusammenarbeiten könnte. Die Reise in die Ukraine (vgl. pax_zeit 2/2019) hat uns in Kontakt mit friedensbewegten orthodoxen Christ*innen gebracht, die sehr eindrucksvoll von ihren Aktivitäten berichtet haben. Ein geplanter Gegenbesuch musste wegen der Pandemie ausfallen und soll im Sommer 2022 stattfinden.

Wichtig scheint der AG auch, trotz der beschränkten Kapazitäten, andere Länder in den Fokus zu bringen. Hier wäre Südosteuropa zu nennen, eine in den letzten Jahrzehnten von Krisen und Kriegen erschütterte, bei uns aber weitgehend vergessene Region. Mit dem Thema Migration („Balkanroute“) ließe sich gut ein Anknüpfungspunkt finden.

Liebt einander

Bischof Peter Kohlgraf

Ein neues Gebot formuliert Jesus: „Liebt einander“. In seiner letzten Rede vor dem Abendmahl hat Jesus klargestellt, wie wichtig der Glaube an ihn ist, wie notwendig es ist, mit ihm, dem Weinstock, verbunden zu bleiben. Jetzt geht es um die Frage: Wie geht das ganz praktisch? Wie zeigt sich mein Glaube? Und es kommt die ganz einfache Antwort: indem ihr einander liebt.

Lieben meint: respektieren, wertschätzen, hochachten. Wenn man in andere Evangelien, etwa Matthäus und Lukas schaut, gibt es nur ein wirkliches Kriterium, gerettet zu werden: nämlich die Liebe zueinander und zu anderen Menschen. Nicht der rechte Glaube rettet schließlich, das richtige Glaubensbekenntnis, nicht das Ableisten religiöser Pflichten, sondern wenn ich den armen Lazarus vor seiner Tür sehe. Wenn ich persönlich, nicht jemand anderes, dem Hungernden Brot, dem Durstigen zu trinken gebe, den Kranken besuche, den Heimatlosen aufnehme. Ich muss nicht die ganze Welt erlösen. Diese Liebe zeigt sich in der ganz einfachen Aufmerksamkeit für denjenigen, der jetzt konkret meine Hilfe braucht und dem ich auch helfen kann.

Unsere Liebesfähigkeit wird immer wieder auf die Probe gestellt. Wenn in der Vergangenheit Asylantenheime brannten oder Menschen aus Fremdenfeindlichkeit heraus getötet wurden, schaudert es mich bei dem Gedanken, dass unter den Täter*innen vielleicht getaufte Menschen sind. In unseren Dörfern und Städten stehen wir ja längst vor der Frage, was

eine Willkommenskultur für Fremde konkret bedeutet. Vor einigen Jahren reagierte jemand auf die Gegenwart eines Obdachlosen mit dem Aufstellen von Schildern mit der Aufforderung, dem Obdachlosen kein Essen mehr zu geben, damit er verschwindet. Damit hat man vielleicht den Mietwert des eigenen Hauses erhalten, das Christsein aber vergessen.

Dabei ist Jesus nicht blauäugig. Angenehm ist der Arme vor der Türe nie. Ich werde seine Not vielleicht nie ganz lösen können, das schlechte Gewissen kann ich nicht beruhigen. Vielleicht ahnen manche auch, dass es teils auch an unserer komfortablen Lebensweise liegt, dass Menschen in anderen Kontinenten verarmen und im Mittelmeer ertrinken, bestenfalls mit nichts bei uns landen.

Hilflosigkeit bleibt. Das schlechte Gewissen bleibt. Und auch ich wäre keineswegs froh, wenn vor meiner Tür ein Bettler liegt, der trinkt, der Schmutz hinterlässt oder herumpöbelt. Auch sein Problem löst sich nicht, wenn ich ihm ab und zu ein Butterbrot gebe. Auch hier bleiben viele Fragen. Mein Heil entscheidet sich daran, ob mich dieser Mensch berührt – oder ob mich sein Schicksal kalt lässt. Nicht mehr, nicht weniger – das ist das gelebte Evangelium, und ich persönlich muss mich täglich entscheiden.

Bischof Peter Kohlgraf ist pax christi-Präsident und Bischof von Mainz.



FRIEDEN BEGINNT HIER!

Rüstungsexportkontrollgesetz

JETZT!



Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODE1PAX
Verwendungszweck: Frieden spenden